

Partizipation und öffentlich-rechtliche Medien – Herausforderungen in der Migrationsgesellschaft

Christine Horz

Welches Problem gibt es?

Gegenwärtig dauern die Herausforderungen im Kontext von Massenmedien und Migration nicht nur an, sie werden durch aktuelle Entwicklungen noch verstärkt.¹ Als meistgenutzte und glaubwürdigste Medien in Deutschland kommt öffentlich-rechtlichen Medien (ÖRM) eine besondere Verantwortung im Prozess der demokratischen Meinungsbildung zu. Sie sind beauftragt, ausnahmslos allen Bürgern eine mediale Grundversorgung zur Verfügung zu stellen.² Diese Integrationsfunktion können sie aber nur dann erbringen, wenn sich auch Migrant*innen auf allen Ebenen des medialen Produktions- und Kommunikationsprozesses beteiligen können.³

Die gegenwärtigen Probleme umfassen systemische, institutionelle sowie politische/regulatorische Aspekte. Der Blick auf das Thema Migration in ÖRM zeigt weiterhin eine *Perspektiven- und Themenarmut*.⁴ Anstatt aufzuklären und differenziert zu berichten, beteiligen sich ÖRM selbst an der Polarisierung der Debatte über Migration und Islam – die beide häufig miteinander verknüpft werden, obwohl kein Sachzusammenhang besteht.⁵ Die Fokussierung auf den Nachrichtenwert Negativität ist zum einen (aufmerksamkeits-)ökonomischen und *systemischen* Bedingungen des Journalismus geschuldet. Zum anderen sind die Probleme auf *institutioneller* Ebene zu verorten. Nur 2-3 %

¹ Aalberg/Esser/Reinemann/Strömbäck & Freese (2016): *Populist Political Communication in Europe*. Routledge: London.

² Hölzig/Hasebrink (2016): Reuters Institute Digital News Survey 2016 – Ergebnisse für Deutschland. Arbeitspapiere des Hans-Bredow Instituts Nr. 38. Hamburg. Reinemann/Fawzi (2016): Analyse von Langzeitdaten. Vergebliche Suche nach der Lügenpresse, *Tagesspiegel*, 24.01.2016.

³ Bundesregierung (Hg.) (2007): Nationaler Integrationsplan; Bundesregierung (Hg.) (2012): Nationaler Aktionsplan Integration; Horz (2016): The Politics of Diversity and Public Service Media in Germany. In: Richter/Dupuis/Averbeck-Lietz (Hg.). *Diversity in Transcultural and International Communication*. LIT-Verlag: Münster, S. 35-65.

⁴ Hafez, Kai (2002): Die Politische Dimension der Auslandsberichterstattung. Bd. 1. & 2. Nomos: Baden-Baden.

⁵ Göbel, Simon (2017): Politische Talkshows über Flucht. Wirklichkeitskonstruktionen und Diskurse. Eine kritische Analyse. Transcript: Bielefeld. Ruhrmann/Sommer (2010): Oughts and ideals – framing people with migration background in TV news. *Conflict & communication online*, Vol. 9, No. 2, 2010. Hafez Kai/Richter, Carola (2007): Das Islambild von ARD und ZDF. *ApuZ* 26-27, 25. Juni 2007, S. 40-46.

der Journalisten in Deutschland haben einen Migrationshintergrund; diese Wenigen erfüllen die Rolle der *visible minorities*, was zugleich ihren Sonderstatus betont und eine Vervielfältigung der Perspektiven erschwert.⁶ Auch wenn in den ÖRM mittlerweile die Vielfalt der Gesellschaft *visuell* durch *Anchor*-Personen mit Migrationshintergrund sichtbar wird, ist eine umfassende Beteiligung auf allen Ebenen der Medienproduktion (z. B. bei senderinternen Entscheidungsprozessen) kaum zu erkennen. Dies wirkt sich negativ auf die Pluralität des Angebots aus, weil Migrant*innen ihre Perspektiven nicht chancengleich einbringen können. ÖRM als Institutionen *und* Kommunikationsmedien haben angesichts digitaler Medien und einer Vielzahl von Angeboten jedoch die *Vielfalt* der öffentlichen Kommunikation sicherzustellen. Es mangelt an *konsistenten* und *transparenten* Diversitäts-Strategien zur Förderung von Vielfalt in den Medien. Nur zwei ÖRM haben die Stelle einer Integrationsbeauftragten eingerichtet. *Konkrete* Ziele sowie In-house-Weiterbildungen für Journalist*innen fehlen. Auch werden nicht wie in anderen europäischen Ländern (migrantische) Zielgruppen in Programmstrategien einbezogen. Auf der Ebene der *Rundfunkregulierung* hat das BVerfG im März 2014 die Vielfaltssicherung in den Gremien gefordert. Doch einige Sendergremien sind noch immer nicht verfassungskonform, weil Sitze für Migrant*innen und Muslim*innen bis heute unbesetzt bleiben. Zudem verteilt die Politik mit den Neumitgliedern Gruppenrechte; Raum für die Abbildung der transkulturellen gesellschaftlichen Realität in den Gremien lässt sie damit nicht und zementiert so ein essentialistisches Verständnis von Migration in der Rundfunkaufsicht.

Die Potenziale der medialen Inklusions- und *sozialen Kohäsionseffekte*, die ausgeschöpft werden müssten, werden durch o. g. Problemlagen weitgehend neutralisiert. Angesichts stabiler rechtsextremer und populistischer Einstellungen müssen öffentlich-rechtliche Medien sich diesen Herausforderungen dringlicher stellen denn je.⁷

Was passiert, wenn sich nichts ändert?

Wenn die ÖRM als wichtigste Informationsmedien ihrer Verantwortung gegenüber der Migrationsgesellschaft zukünftig nicht deutlicher gerecht werden als bislang, geht ein

⁶ Pöttker, Horst (02.08.2013): Mangel an Zahlen und Forschung. <https://mediendienst-integration.de/artikel/mehr-vielfalt-als-weg-zur-integration.html>. Graf, Heike (2011): Examining Ethnicity in German Newsrooms. In diess.: Diversity in Theory and Practise. News Journalists in Sweden and Germany. Nordicom: Göteborg, S. 121–147.

⁷ Zick/Küpper/Krause (2016): Gespaltene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016. Hrsg. für die FES von Ralf Melzer.

wichtiger Akteur zur Sicherung der sozialen Kohäsion der Gesellschaft verloren. Rechtsextremistische und populistische Tendenzen differenzieren sich online in den sozialen Netzwerken aus und bilden eigene Teilöffentlichkeiten, die sich an je unterschiedliche Zielgruppen richten. Wenn ÖRM nicht über diese Akteure aufklären und die Perspektiven von Migrant*innen *institutionalisieren*, überlassen sie die Gestaltung des gesellschaftlichen Diskurses über Migration zu einem großen Teil anti-aufklärerischen Minderheiten. Wohin das führen kann, wird an der politischen Entwicklung in den USA erkennbar, die nur über einen rudimentär ausgebildeten öffentlich-rechtlichen Rundfunk verfügen. Wenn ÖRM auf der *inhaltlichen* Ebene weiterhin an der Polarisierung der Debatte mitwirken, stellen sie ihren gesellschaftlichen Auftrag zur Disposition. Wenn schließlich die Partizipation von Migrant*innen und transkulturellen Milieus auf der *politisch/regulatorischen* Ebene nicht deutlich gestärkt wird, bleiben weite Bevölkerungskreise von (medien-)politischen Prozessen und demokratischer Mitbestimmung ausgeschlossen, was einer demokratischen Gesellschaft nicht gerecht wird.

Welche (politischen) Maßnahmen müssen ergriffen werden?

ÖRM als Institutionen müssen ein Korrektiv für Hass und Menschenfeindlichkeit im Netz sein. Das Löschen dieser Inhalte alleine wird kaum ausreichen, um die Bevölkerung zu sensibilisieren und zu informieren. Vielmehr müssen ÖRM verstärkt in Medienbildung investieren, um sich aktiv an der Herausbildung einer digitalen Nutzerethik zu beteiligen, die einer Migrations- und Mediengesellschaft gerecht wird. ÖRM sollten insgesamt die Förderung des sozialen Zusammenhalts als zentrale Aufgabe ihres gesellschaftlichen Funktionsauftrags begreifen. Dazu gehört, dass die überwiegend an aufmerksamkeitsökonomischen Maßstäben orientierte Repräsentationsstrategie der medialen Inszenierung des „Anderen“ zugunsten einer aufklärenden Darstellung vom Zusammenleben beendet wird. Migrant*innen sind stärker in die Hauptprogramme zu integrieren. Um dies zu erreichen, sind konkrete und transparente Diversitätsstrategien notwendig, die auf eine Vielstimmigkeit und Pluralität der Diskurse zielen. Dies gelingt nur, wenn Einwanderer und Migrant*innen diese Diskurse mitgestalten können. Auch Weiterbildungsmaßnahmen in den Anstalten mit Blick auf die Migrationsgesellschaft sind dringend geboten. Die Politik muss Anreize für Medieninstitutionen schaffen, sodass sie ihrer gesellschaftlichen Verantwortung hinsichtlich einer Beteiligung von Menschen mit Migrationsgeschichte wirklich nachkommen. Im Sinne einer Medienpolitik *mit* dem Bürger (Media Governance) muss sie

Wege finden, wie sie die Zivilgesellschaft, dazu gehören auch Migrant*innen und Einwander*innen, in medienpolitische Prozesse einbindet, die alle betreffen.⁸ Diese Partizipationsangebote müssen niedrigschwellig sein und sich nicht wie bisher überwiegend an Experten und von der Politik ausgewählte Gruppen richten. Die Integrationsbemühungen von Politik und Medien müssen folglich auf die mediale *und* gesellschaftliche Partizipation der Migranten abzielen.

⁸ Kleinsteuber, Hans J. (2011): Regulierung und Governance: Zivilgesellschaft in der Medienpolitik. In: Kleinsteuber/Nehls (Hg.): Media Governance in Europa: Regulierung – Partizipation – Mitbestimmung. VS Verlag: Wiesbaden, S. 57-89.